

Döhrn, Roland et al.

Article

Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Döhrn, Roland et al. (2015) : Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 66, Iss. 4, pp. 5-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/145321>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp an de Meulen, Martin Micheli, Svetlana Rujin, Torsten Schmidt und Lina Zwick

Binnenwirtschaftlicher Aufschwung setzt sich fort¹

***Zusammenfassung:** Der Konjunkturaufschwung in Deutschland setzt sich fort. Zuletzt hatten sich seine Triebkräfte zu Gunsten der Inlandsnachfrage verschoben. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und der staatliche Konsum legten kräftig zu, während die Anlageinvestitionen nur schwach aufwärts gerichtet waren. Die Außenwirtschaft dämpfte per saldo die Expansion. An diesen Tendenzen dürfte sich im Prognosezeitraum wenig ändern. Motor der Expansion werden voraussichtlich die verfügbaren Einkommen bleiben. Konjunkturelle Impulse kommen von den Ausgaben des Staates im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Das BIP wird im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,8% und im Jahr 2017 um 1,7% steigen, nach einem Plus von 1,7% in diesem Jahr. Dabei ist ein beschleunigter Preisauftrieb von 1,1% (2016) bzw. 1,6% (2017) zu erwarten, insbesondere weil die dämpfenden Effekte der gesunkenen Energiepreise auslaufen. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort, jedoch dürfte die Arbeitslosenquote allmählich steigen, weil mehr und mehr Asylbewerber mit geringer Qualifikation in den Arbeitsmarkt eintreten. Die staatlichen Ausgaben für Flüchtlinge, aber auch eine leicht expansiv ausgerichtete Finanzpolitik lassen den staatlichen Budgetüberschuss von voraussichtlich 26 Mrd. € in diesem Jahr auf 7 Mrd. € in Jahr 2016 sinken.*

***Abstract:** The German economy remains in an economic upswing. Driving force now is domestic demand, in particular private and government consumption. Gross fixed capital formation continued to be weak, whereas net exports had a dampening effect on GDP. Over the forecast horizon these tendencies will prevail. The expansion is fueled by disposable income. Additional stimulus will come from public spending in the context of the refugee migration. GDP is expected to grow by 1.8% in the next and 1.7% in 2017 after a 1.7% increase in 2015. Inflation will rise to 1.1% (2016) and 1.6% (2017) because the influence of declining energy prices will phase out. Employment is forecasted stay on an upward path. At the same time, unemployment rate will increase because refugees with low qualifications will enter the labor market. Public spending for refugees but also a more expansionary fiscal stance will cut the fiscal balance surplus from € 27 bn in this year to € 7 bn in 2016.*

¹ Abgeschlossen am 9.12.2015: Wir danken Thomas Bauer, Wim Kösters und Sabine Weiler für ihre Anmerkungen zu früheren Fassungen dieses Beitrags.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 mit einem gegenüber dem ersten Halbjahr unveränderten Tempo fortgesetzt. Dabei haben sich die Triebkräfte der Expansion zu Gunsten der Inlandsnachfrage verschoben. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und der staatliche Konsum legten kräftig zu, während die Anlageinvestitionen nur schwach aufwärts gerichtet waren. Von der Außenwirtschaft gingen per saldo dämpfende Effekte aus. Die Exporte verloren deutlich an Schwung, wohl insbesondere wegen der sich abschwächenden Nachfrage aus den Schwellenländern. Zugleich nahmen die Einfuhren angesichts der kräftigen Inlandsnachfrage erneut spürbar zu.

Im Prognosezeitraum wird sich aus heutiger Sicht an den beschriebenen Tendenzen wenig ändern. Die Expansion dürfte weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen sein, deren Motor ein kräftiger Anstieg der verfügbaren Einkommen ist. Zwar werden die privaten Konsumausgaben voraussichtlich in abnehmendem Maße von den Real-einkommenseffekten der gesunkenen Rohölpreise profitieren. Stimulierend dürfte allerdings wirken, dass die Sozialleistungen ausgeweitet werden und Entlastungen bei der Einkommensteuer in Kraft treten. Zudem stützen staatliche Transfers an die Flüchtlinge die Konsumnachfrage. Aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration ist außerdem, insbesondere für 2016, ein deutlich erhöhter Staatskonsum zu erwarten, da die Aufwendungen für die Ausstattung und den Betrieb der Flüchtlingsunterkünfte sowie für Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung und Integration der Migranten beträchtlich zunehmen (Kasten). Auch muss der Staat Personal in der Verwaltung und für die schulische Betreuung von Flüchtlingskindern einstellen, da der erhöhte Aufwand nicht alleine durch die Umwidmung von Stellen zu leisten ist.

Vergleichsweise moderat dürften die Investitionen ausgeweitet werden. Günstig entwickelt sich dabei der Wohnungsbau. Er wird wohl nicht nur von den steigenden Einkommen und den nach wie vor niedrigen Zinsen angeregt werden, sondern auch vom erhöhten Wohnungsbedarf aufgrund der Zuwanderung, der sich wohl nach und nach in der Neubautätigkeit niederschlagen wird. Die Unternehmensinvestitionen werden sich trotz steigender Auslastung der Produktionskapazitäten nur langsam erholen, auch weil sich aufgrund der wohl weiterhin unsicheren Exportaussichten weltmarktorientierte Sektoren bei Kapazitätsausweitungen zurückhalten dürften.

Die Exporte werden im Prognosezeitraum voraussichtlich mit vergleichsweise geringen Raten steigen. Dies liegt im Wesentlichen an der nur verhalten zunehmenden Nachfrage aus den Schwellenländern. Dieser stehen zwar die sich wohl fortsetzende Erholung im Euro-Raum und der Gewinn an preislicher Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung des Euro entgegen, jedoch kann dies die dämpfenden Wirkungen nicht ausgleichen. Alles in allem nehmen die Ausfuhren aber lediglich mit Raten von

RWI Konjunkturbericht 66 (4)

4½% zu. Bei weiterhin lebhaften Importen ist daher zu erwarten, dass vom Außenbeitrag im Prognosezeitraum keine Impulse für die gesamtwirtschaftliche Expansion ausgehen werden.

Vor diesem Hintergrund dürfte der Aufschwung im Prognosezeitraum nur wenig Fahrt aufnehmen – ungeachtet der wohl anhaltend niedrigen Zinsen, einer leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und beträchtlichen, im Wesentlichen durch eine Verringerung der staatlichen Budgetüberschüsse finanzierten staatlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration. Nach einer Zunahme des BIP um voraussichtlich 1,7% in diesem Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr um 1,8% ausgeweitet werden. Für 2017 wird zwar eine etwas geringere jahresdurchschnittliche Zunahme des BIP von 1,7% erwartet (Schaubild 1). Dies reflektiert aber vor allem einen negativen Kalendereffekt aufgrund einer 2017 außergewöhnlich geringen Zahl von Arbeitstagen; kalenderbereinigt beträgt der Zuwachs 1,9% (Tabelle 1).

Die deutsche Wirtschaft wird damit spürbar stärker wachsen als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial (Barabas et al. 2015), so dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung zunimmt. Eine deutliche Überauslastung, von der ein massiver Preisauftrieb ausgehen könnte, zeichnet sich aber nicht ab. Die Kerninflation wird leicht steigen. Da jedoch die dämpfenden Wirkungen seitens der gesunkenen Energiepreise auslaufen, dürfte sich der Anstieg der Inflation dem der Kerninflation annähern. Die Teuerung dürfte damit nach 0,3% in diesem Jahr, im kommenden Jahr 1,1% und im Jahr 2017 1,6% erreichen.

Tabelle 1

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2014 bis 2017; in %

	2014	2015 ^p	2016 ^p	2017 ^p
Statistischer Überhang ¹	0,7	0,5	0,5	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,5	1,4	1,9	1,8
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,6	1,5	1,7	1,9
Kalendereffekt ³	0,0	0,2	0,1	-0,2
Durchschnittliche Veränderung	1,6	1,7	1,8	1,7

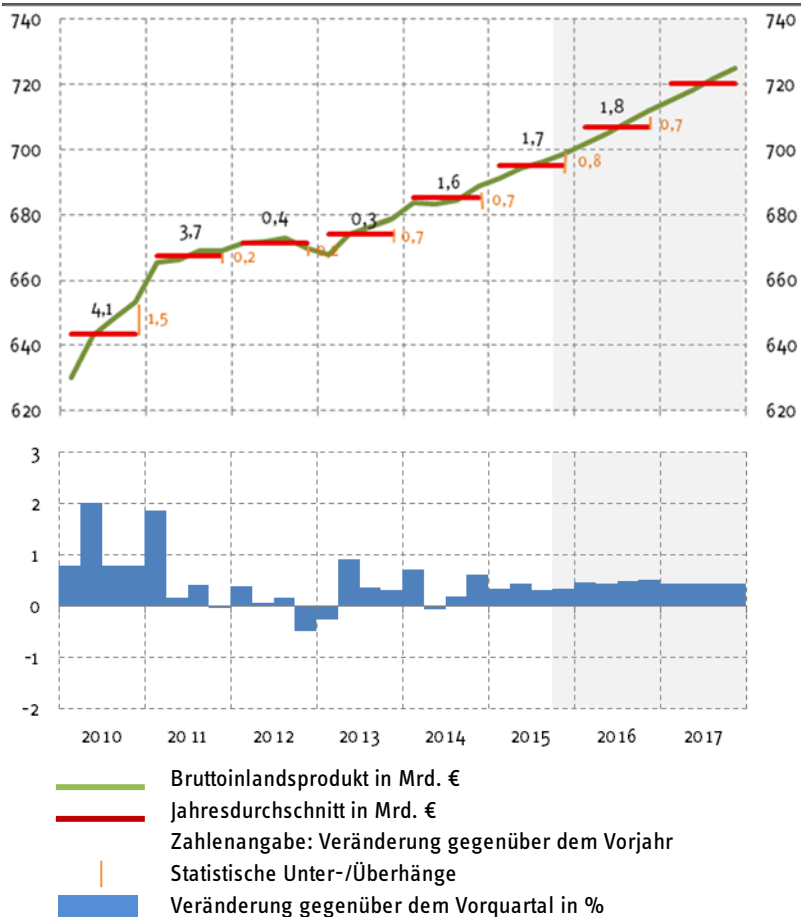
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Schaubild 1

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2010 bis 2017; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab viertes Quartal 2015 eigene Prognose.

Angesichts des Konjunkturaufschwungs und der Verschiebung der Auftriebskräfte zur Binnennachfrage, von der in hohem Maße die personalintensiveren Dienstleistungssektoren profitieren, dürfte die Beschäftigung weiter spürbar zunehmen. Gleichwohl zeichnet sich für den Prognosezeitraum eine steigende Zahl registrierter Arbeitslosigkeit ab, insbesondere da die Beschäftigungschancen vieler Flüchtlinge

Kasten

Gesamt- und finanzwirtschaftliche Wirkungen der Flüchtlingsmigration

Im Sommer 2015 hat sich die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern nach Deutschland beträchtlich verstärkt. Wurden von Januar bis Mai nur knapp 35 000 Personen pro Monat in der Erstregistrierung als asylsuchend erfasst, so nahm deren Zahl bis November auf mehr als 200 000 zu. Im Jahr 2015 insgesamt dürfte die Zahl der Asylsuchenden etwas über einer Million liegen. Eine Zuwanderung in diesem Umfang bleibt nicht ohne gesamt- und finanzwirtschaftliche Wirkungen. Zunächst belastet Zuwanderung vor allem die öffentlichen Haushalte, da Asylbewerber einen gesetzlichen Anspruch auf Transferleistungen haben und Sachaufwendungen des Staates anfallen. Mit einer zeitlichen Verzögerung treten Asylsuchende in den Arbeitsmarkt ein. Auf mittlere Sicht ändert sich das Erwerbspersonenpotenzial und, in Abhängigkeit von der Qualifikation der Asylsuchenden, das potenzielle Wachstum. Allerdings besteht erhebliche Unsicherheit über diese Wirkungen. Um sie zu quantifizieren, muss eine Reihe von Annahmen getroffen werden, die im Folgenden dargelegt werden.

Die in dieser Prognose berücksichtigten Effekte der Flüchtlingsmigration werden aus einem kleinen Rechenmodell abgeleitet. Es setzt an den im Ersterfassungssystem EASY registrierten Asylbewerbern an, weil die Angaben zu den Asylanträgen aufgrund von Engpässen bei der Antragstellung derzeit wenig aussagekräftig sind. Für die Jahre 2016 und 2017 wird unterstellt, dass die Zahl neuer Asylbewerber auf 750 000 bzw. 500 000 zurückgeht. Nicht alle Erfassten bleiben in Deutschland. Aufgrund der zeitweise chaotischen Situation an den Grenzen ist darüber hinaus davon auszugehen, dass es zu Fehlern bei der Erfassung kam. Daher wird angenommen, dass lediglich 80% der im EASY-System erfassten Ankömmlinge einen Asylantrag stellen. Aufgrund des derzeitigen Rückstaus bei der Registrierung von Asylanträgen dürfte trotz des unterstellten Nachlassens der Flüchtlingsmigration die Zahl der Asylanträge im kommenden Jahr auf 775 000 steigen und im Jahr 2017 lediglich auf 600 000 zurückgehen.

Mit Blick auf den unterschiedlichen Anspruch auf Sozialleistungen und den Zugang zum Arbeitsmarkt unterscheidet das Rechenmodell vier Gruppen von Asylbewerbern:

i *Noch nicht registrierte Asylbewerber sowie Bewerber, deren Anträge erst kürzlich gestellt wurden, sind in der Regel in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht. Sie erhalten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ein geringes Taschengeld. Daneben fallen relativ hohe Sachleistungen für Unterbringung, Verpflegung, medizinische Untersuchungen und eine Erstausrüstung mit Dingen des täglichen Bedarfs an.² Diese Personengruppe hat keinen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt.*

² *Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 13, Reihe 7) ergaben sich im Jahr 2014 je Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen nach dem AsylbLG Grundleistungen von rund 2000 € pro Monat. Die Ausgaben sind erheblich höher als bei Asylbewerbern außerhalb solcher Einrichtungen (gut 300 €). Allerdings enthalten die Angaben für letztere nicht die Kosten der Unterkunft. Auch ist der Pro-Kopf-Aufwand für medizinische Leistungen in Erstaufnahmeeinrichtungen besonders hoch, was daran liegen dürfte, dass dort die Erstuntersuchung aller Asylbewerber*

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Annahmen zur Flüchtlingsmigration

Jahressummen

	2014	2015 ^s	2016 ^p	2017 ^p
Flüchtlingszuwanderung ¹	238 676	1 008 470	750 000	500 000
Gestellte Asylanträge ²	202 815	488 680	775 000	600 000
Asylentscheide	128 911	282 340	720 000	720 000
Anerkannte Asylbewerber	40 563	109 430	476 100	527 250

Eigene Berechnungen nach Angaben des BAMF. – ¹Im EASY-System erfasste Flüchtlinge. – ²Einschließlich Folgeanträge. – ³Dezember geschätzt. – ^pEigene Prognose.

i Nach einiger Zeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen werden die Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Sie erhalten nach dem AsylbLG eine Zuwendung, die auch in Form von Sachleistungen erbracht werden kann. Die Kosten der Unterbringung, der Integration (Sprachkurse) und der medizinischen Versorgung übernimmt der Staat.³ Unter bestimmten Voraussetzungen können sie eine Arbeit aufnehmen, haben jedoch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

i Anerkannte Asylbewerber oder Flüchtlinge mit Bleiberecht haben die gleichen Ansprüche auf Sozialleistungen und den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt wie EU-Bürger. Finden sie keine Beschäftigung, haben sie in der Regel Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Hinzu kommen Aufwendungen für Schul-, Aus- und Weiterbildung sowie für Arbeitsvermittlung.

i Abgelehnte Asylbewerber werden in einem in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Maße geduldet. Sie haben Anspruch auf Sozialleistungen, der allerdings von den Kommunen nicht einheitlich gehandhabt wird.

Entscheidend für den Staatshaushalt wie für den Arbeitsmarkt ist die Verteilung der Flüchtlinge auf diese vier Gruppen. Bezüglich des Verbleibs in Erstaufnahmeeinrichtung wird angenommen, dass Asylbewerber während der Wartephase auf den Asylantrag und der ersten drei Monate ab Antragstellung in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht sind. Danach erfolgt eine dezentrale Unterbringung.

Wie rasch über Asylanträge entschieden wird, hängt insbesondere von den Kapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ab. Zuletzt gab es hier Engpässe; Ende Oktober 2015 waren fast 330 000 Verfahren anhängig. Die Bundesregierung plant, das Personal des BAMF aufzustocken. Es wird unterstellt, dass ab Januar 2016 monatlich 60 000 Anträge entschieden werden. Dies entspricht einer Verdoppelung gegenüber Oktober 2015.

erfolgt. Allerdings dürfte ein Teil der Ausgaben Fixkosten-Charakter haben. Es ist daher mit zunehmender Dauer der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen mit einem Rückgang der monatlichen Ausgaben zu rechnen.

³ Asylbewerber mit einer Wartezeit auf einen Asylentscheid von mehr als 15 Monaten haben einen erhöhten Transferanspruch.

Entscheidend für die Wirkung der Flüchtlingsmigration auf das Arbeitsangebot ist, inwieweit die Bewerber als Flüchtlinge oder Asylsuchende anerkannt werden.⁴ In jüngster Zeit kommen verstärkt Asylbewerber aus Herkunftsländern, bei denen die sog. Schutzquoten in der Vergangenheit hoch waren.⁵ Aufgrund der Veränderung der Herkunftsstruktur wird davon ausgegangen, dass die durchschnittliche Schutzquote von schätzungsweise 46% in diesem Jahr auf 66% im kommenden Jahr und auf 73% im Jahr 2017 steigt. Aus alledem ergeben sich knapp 480 000 anerkannte Asylbewerber im Jahr 2016 und knapp 530 000 im Jahr 2017.

Die Erwerbsneigung unter den Migranten dürfte hoch sein. Rund 75% sind zwischen 15 und 64 Jahre alt, befinden sich also im erwerbsfähigen Alter. Die Partizipationsrate dürfte aufgrund des hohen Anteils junger Männer mit 80% vergleichsweise hoch sein. Da auch Asylbewerber – wenn auch beschränkt – Zugang zum Arbeitsmarkt haben, wird hier angenommen, dass zum Zeitpunkt der Anerkennung als Asylbewerber 20% einen Arbeitsplatz haben. Für die Zeit danach ist unterstellt, dass Monat für Monat 1,5% der zuvor arbeitslosen anerkannten Asylbewerber in Beschäftigung gelangen.⁶ Trotz des so implizierten allmählichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit ergibt sich für die seit 2014 nach Deutschland gekommenen und als Flüchtlinge bzw. Asylbewerber anerkannten Migranten eine im Durchschnitt hohe Arbeitslosenquote von 64% im Jahr 2017. Zum Vergleich: Die Arbeitslosenquote unter allen Migranten aus außereuropäischen Asylherkunftsländern betrug in der Vergangenheit rund 40%. Soweit die anerkannten Asylbewerber arbeitslos sind, haben sie Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch.

Abgelehnte Asylbewerber bleiben erfahrungsgemäß noch einige Zeit in Deutschland bis sie ausreisen oder ausgewiesen werden. Hier ist unterstellt, dass in jedem Monat gut 25% der zur Ausreise verpflichteten Asylbewerber Deutschland verlassen, dass sich deren Zahl aber jeweils um die in diesem Monat abgelehnten Asylbewerber erhöht.⁷

4 Der Flüchtlingsstatus ergibt sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention, während sich der Anspruch auf Asyl aus Artikel 16a des Grundgesetzes ergibt. In der weitaus überwiegenden Zahl der Entscheidungen des BAMF wird die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt.

5 Rund 70% der Asylanträge im November wurden von Bewerbern aus Syrien, dem Irak und Afghanistan gestellt, deren Anträge bisher weitaus überwiegend positiv entschieden wurden.

6 Diese Abgangsrate impliziert, dass ein anerkannter Asylbewerber nach vier Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp 40% noch arbeitslos ist. Dies entspricht in etwa den Ergebnissen einer Untersuchung von Brücker et al. (2015). Danach waren fünf Jahre nach der Ankunft in Deutschland rund 50% der Flüchtlingsmigranten im Alter von 15 bis 64 Jahren beschäftigt. Unter Berücksichtigung der hier unterstellten Partizipationsrate dieser Altersgruppe von 80% entspricht dies einer Arbeitslosenquote von knapp 40%.

7 Gesicherte Angaben zur Ausreise abgelehnter Asylbewerber gibt es unseres Wissens nicht. In einer beachtlichen Zahl von Fällen ist diese allerdings bereits vor Beendigung des Asylverfahrens erfolgt („Sonstige Verfahrenserledigung“). Der angesetzte Wert wurde kalibriert aufgrund von Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Zahl der Empfänger von Leistungen für Asylbewerber, vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind jeweils zum Jahresende 2013 und 2014, und der Zahl der negativen Asylbescheide im Jahr 2014.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

Staatliche Mehrausgaben aufgrund der Flüchtlingsmigration			
Mehrausgaben gegenüber 2014, in Mrd. €			
	2015	2016	2017
Mehrausgaben insgesamt	4,73	12,61	11,41
AsylbLG	3,26	7,32	3,95
SGB ¹	0,63	2,64	5,02
Andere Ausgaben ²	0,84	2,64	2,43
Alternativrechnungen			
Schnellere Antragbearbeitung ³	4,73	12,37	10,31
Raschere Arbeitsmarktintegration ⁴	4,76	12,84	11,23
Raschere Abschiebung ⁵	4,62	12,33	11,22

Eigene Berechnungen. – ¹Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft, Krankenversicherung. – ²Verwaltungskosten, Kosten von Integrationskursen, höhere Ausgaben im Schulbereich. – ³Erledigung von 70 000 statt 60 000 Asylanträgen pro Monat ab Januar 2016. – ⁴Statt 1,5% finden 2,5% der im Vormonat arbeitslosen anerkannten Asylbewerber eine Stelle; die Aufwendung für Integrationskurse belaufen sich auf 3000 statt 2000 € je anerkannten Asylbewerber. – ⁵40% der im Vormonat hier noch lebenden abgelehnten Asylbewerber verlassen Deutschland.

Bezüglich der Sozialleistungen werden gleiche Leistungen wie für anerkannte Asylbewerber unterstellt.

Um die Ableitung der migrationsbedingten Mehrausgaben des Staates abzurunden, werden außerdem Verwaltungskosten, Kosten von Integrationsmaßnahmen und Kosten für die schulische Betreuung minderjähriger Asylbewerber eingerechnet.⁸ Bezüglich der Verwaltungskosten wird eine Pauschale von 100 € je Asylbewerber und Monat berücksichtigt. Für Integrationsmaßnahmen wird eine einmalige Aufwendung von 2000 € je anerkannten Asylbewerber in die Rechnung einbezogen. Schließlich wird unterstellt, dass die schulische Betreuung minderjähriger Asylbewerber monatliche Kosten von 300 € pro Kopf verursacht.⁹

Ausgehend von diesen Annahmen und von den in den Gesetzen festgelegten Sozialleistungen ist damit zu rechnen, dass die Aufwendungen für Asylbewerber und Flüchtlinge in diesem Jahr die Ausgaben des Jahres 2014 um 4,7 Mrd. € übersteigen. Für 2016

⁸ *Fast alle Bundesländer haben inzwischen Nachtragshaushalte vorgelegt, die Stellenausweitungen vorsehen und diese mit der Flüchtlingsmigration begründen. So will Nordrhein-Westfalen rund 24,00 Planstellen schaffen, davon allein 2100 Stellen in Schulen (Landtag Nordrhein-Westfalen 2015).*

⁹ *Die Ausgaben je Schüler in allgemeinbildenden Schulen lagen nach Angaben des statistischen Bundesamtes 2012 bei 6800€ im Jahr bzw. 567 € im Monat. Bei einem Teil der Kosten handelt es sich um Fixkosten, so dass hier für zusätzlich betreute Flüchtlingskinder Grenzkosten angesetzt werden, die unter den Durchschnittskosten liegen.*

ergibt sich ein Mehraufwand gegenüber 2014 von 12,6 Mrd. €.¹⁰ Für 2017 ist ein Mehraufwand von noch 11,4 Mrd. € zu erwarten, zum einen weil von einer abnehmenden Zahl von Asylbewerbern ausgegangen wird, zum anderen weil die anerkannten Asylbewerber nach und nach Beschäftigung finden. Die Kosten verlagern sich dabei vom Bereich des AsylbLG in den Bereich des SGB.

Das Rechenmodell enthält einige Stellgrößen, die es erlauben, die Sensitivität der Aufwendungen gegenüber einzelnen Annahmen zu überprüfen. Eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen würde die Ausgaben im Jahr 2017 um rund eine Milliarde Euro reduzieren, selbst wenn man höhere Verwaltungskosten in Rechnung stellt. Eine raschere Integration in den Arbeitsmarkt würde 2016, zumindest wenn sie wie hier angenommen durch höhere Aufwendungen für Integrationskurse ermöglicht wird, zunächst sogar etwas höhere Kosten verursachen und erst 2017 Einsparungen erbringen. Eine raschere Ausreise abgelehnter Asylbewerber würde zu geringfügig niedrigeren Ausgaben des Staates führen.

Die Ausgaben für Flüchtlinge stellen einen Nachfrageimpuls dar, der über verschiedene Wirkungskanäle die Konjunktur stimuliert und damit auch Mehreinnahmen und Minderausgaben für den Staat induziert. So führen die monetären Transfers an die Asylbewerber zu einer höheren Konsumnachfrage und damit zu höheren Einnahmen bei den Verbrauchsteuern. Die zur Bewältigung der Flüchtlingsmigration geschaffenen Stellen und die anfallenden Sachleistungen erhöhen den Staatsverbrauch und die Beschäftigung des Staates, weshalb höhere Einnahmen aus Einkommensteuer und Sozialbeiträgen anfallen. Um diese indirekten Effekte der Flüchtlingsmigration abzuschätzen, wurden Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell durchgeführt.

Danach ist die Zunahme des BIP in diesem Jahr zu etwa 0,2%-Punkten auf die erhöhten staatlichen Aufwendungen für Flüchtlinge zurückzuführen. Die entspricht in etwa dem Primärimpuls, da die Ausgaben schwerpunktmäßig erst gegen Ende des Jahres getätigt werden und daher die Kreislaufwirkungen noch gering sind. Der Effekt auf die Zuwachsrate des BIP im kommenden Jahr beträgt rund 0,3%-Punkte. Einerseits werden durch die wachsende Nachfrage Multiplikatoreffekte angestoßen, andererseits kommt es zu Sickerverlusten, weil die Einfuhren zunehmen. Zudem fließt ein Teil der zusätzlichen Einkommen in Form von Steuern und Sozialabgaben zurück an den Staat. Im Jahr 2017 ist bei rückläufigen Ausgaben der Effekt auf die BIP-Rate leicht negativ.

Die Ausgaben für die Flüchtlinge stimulieren – wie jedes Defizit-finanzierte Ausgabenprogramm – kurzfristig die Konjunktur. Auf mittlere bis längere Sicht ergeben sich einerseits Belastungen. So dürfte ein hoher Teil der Migranten auf längere Sicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Auch wird die Verschuldung des Staates langsamer

¹⁰ Die geschätzten Mehrausgaben gegenüber 2014 sind etwas höher als die vom SVR (2015: 17) in seinem Basisszenario berechneten. Dies liegt zum einen daran, dass hier zusätzlich Verwaltungskosten und Kosten für das Schulsystem berücksichtigt wurden. Zum anderen führt die Unterscheidung von Asylbewerbern innerhalb und außerhalb von Erstaufnahmeeinrichtungen zu Aufwendungen je Asylbewerber, die über den aus der Vergangenheit abgeleiteten Werten liegen.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

abgebaut wird als dies ohne die Flüchtlingsmigration der Fall gewesen wäre. Andererseits ist die Zuwanderung überwiegend junger Erwerbspersonen für eine alternde Gesellschaft eine Chance, da sie das Erwerbspersonenpotenzial erhöht und ein künftig höheres Wachstum ermöglicht. Entscheidend wird es sein, wie es gelingt, dieses Potenzial zu nutzen.

aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und vielfach geringer beruflicher Qualifikationen schlecht sind, so dass diese nach ihrer Anerkennung in erheblichem Umfang arbeitslos sein werden. Dieser Effekt dürfte vor allem im Jahr 2017 spürbar werden. Wir erwarten eine Arbeitslosenquote von jeweils 6,4% in diesem und im kommenden Jahr und einen Anstieg auf 6,6% im Jahr 2017 (Tabelle 2).

Die hohe Flüchtlingsmigration führt auch dazu, dass sich die Finanzlage des Staates im Prognosezeitraum verschlechtern wird. Für das laufende Jahr zeichnet sich allerdings ein hoher Überschuss von 26 Mrd. € bzw. 0,9 % des Bruttoinlandsprodukts ab; dies ist der höchste seit der Wiedervereinigung. Im Jahr 2014 hatte der Überschuss lediglich 9 Mrd. € betragen. Ausschlaggebend für die Verbesserung des Saldos waren zum einen die infolge der zunehmenden Beschäftigung und der merklichen Lohnsteigerungen kräftig sprudelnden Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen, zum anderen die aufgrund äußerst günstiger Refinanzierungskonditionen weiter sinkenden Zinsausgaben des Staates. Hinzu kommen Sonderfaktoren: Eine Versteigerung von Funklizenzen brachte in diesem Jahr Mehrerlöse von 5,1 Mrd. €, und der Haushaltsüberschuss im Jahr 2014 war durch zwei Gerichtsentscheidungen (eines im Bereich der Gewinnbesteuerung und eines im Bereich der Umsatzsteuer) um knapp 8 Mrd. € geschmälert worden.

Der Budgetüberschuss in diesem Jahr wäre noch höher ausgefallen, hätte nicht die Flüchtlingsmigration zu Mehrausgaben in einer Größenordnung von 4½ Mrd. € geführt. Für das kommende Jahr ist ein Rückgang des Überschusses zu erwarten. Dies hat zum einen technische Gründe: Es fallen keine weiteren Versteigerungserlöse an. Zum anderen ist die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet (Döhrn et al. 2015: 75). So hat die Bundesregierung für den Zeitraum zwischen 2016 und 2018 ein weiteres Investitionspaket in Höhe von 10 Mrd. € aufgelegt, und aus dem schon zur Jahresmitte 2015 eingerichteten „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ dürften verstärkt Mittel abgerufen werden. Hinzu kommen Steuersenkungen: Zu Beginn des Jahres 2016 werden der Grund- und der Kinderfreibetrag sowie das Kindergeld erneut angehoben. Zudem wird der Einkommensteuertarif nach rechts verschoben, um die durch die kalte Progression in den Jahren 2014 und 2015 entstandenen Mehrbelastungen abzubauen. Schließlich werden die öffentlichen Haushalte durch nochmals zunehmende Aufwendungen für die Unterbringung, die Versorgung und die Integration von Flüchtlingen belastet; sie dürften rund 8 Mrd. € höher ausfallen als 2015 (vgl. Kasten),

RWI Konjunkturbericht 66 (4)

Tabelle 1

Eckwerte der RWI-Konjunkturprognose vom Dezember 2015

2014 bis 2017, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015 ^P	2016 ^P	2017 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,6	1,7	1,8	1,7
Verwendung ¹				
Konsumausgaben	1,1	2,1	2,0	1,5
Private Haushalte ²	0,9	2,0	1,9	1,4
Staat	1,7	2,4	2,2	1,8
Anlageinvestitionen	3,5	2,1	2,6	3,0
Ausrüstungen	4,5	4,0	2,9	3,4
Bauten	2,9	0,7	2,4	2,9
Sonstige Anlagen	3,1	2,7	2,4	2,4
Vorratsveränderung (Wachstumsbeitrag)	-0,3	-0,5	-0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	1,3	1,5	2,0	1,8
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,4	0,3	-0,1	0,0
Ausfuhr	4,0	5,6	3,8	4,4
Einfuhr	3,7	5,9	4,8	5,2
Erwerbstätige ³ , in 1000	42 703	43 025	43 325	43 600
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 898	2 795	2 815	2 960
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	6,7	6,4	6,4	6,6
Verbraucherpreise ⁶	0,9	0,3	1,1	1,6
Lohnstückkosten ⁷	1,9	1,8	1,6	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁸				
in Mrd.€	8,9	26	7	9
in % des nominalen BIP	0,3	0,9	0,2	0,3
Leistungsbilanzsaldo ⁹				
in Mrd.€	212,1	253	259	259
in % des nominalen BIP	7,3	8,4	8,3	8,0
Nachrichtlich				
Bruttoinlandsprodukt USA	2,4	2,5	2,6	2,5
Bruttoinlandsprodukt Euro-Raum	0,9	1,5	1,5	1,6
Inflation Euro-Raum	0,4	0,0	0,7	1,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Im Inland. - ⁴Nationale Abgrenzung. - ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. - ⁶Verbraucherpreisindex. - ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁸In der Abgrenzung der VGR. - ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

womit sich der finanzpolitische im Jahr 2016 auf reichlich 8 Mrd. € belaufen wird. Da die Mehrausgaben des Staates die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren, dürften ihnen aber auch Mehreinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben gegenüberstehen. Gleichwohl ist zu erwarten, dass sich der Budgetüberschuss im Jahr 2016 auf knapp 7 Mrd. € verringert.

Für 2017 zeichnet sich ein etwas höherer Haushaltsüberschuss von gut 9 Mrd. € ab. Weitere Steuersenkungen sind nicht angekündigt, so dass der progressive Einkommensteuertarif wieder ungeschmälert greift. Zudem wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2%-Punkte angehoben, um die Leistungsausweitungen der zweiten Pflegereform zu finanzieren. Unter den hier getroffenen Annahmen zur Flüchtlingsmigration dürften jedoch die Aufwendungen des Staates in diesem Zusammenhang wieder sinken.

Literatur

Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2015), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2020: Potenzialausweitung eröffnet Spielraum für solides Wirtschaftswachstum. *RWI-Konjunkturbericht* 66 (3): 99-109.

Brücker, H., A. Hauptmann und E. Vallizadeh (2015), Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand September 2015. *Aktuelle Berichte* 14/2015. Nürnberg, IAB.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2015), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet. *RWI-Konjunkturbericht* 66 (3): 39-98.

Landtag Nordrhein-Westfalen (2015), Ergänzung der Landesregierung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/9300: Haushaltsgesetz 2016 und zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/9302: Gemeindefinanzierungsgesetz-GFG 2016 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. *Jahresgutachten 2015/16*. Wiesbaden.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts														
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Erwerbstätige	0,9	0,8	0,7	0,6	0,7	0,9	0,9	0,6	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7
Arbeitsvolumen	1,2	1,1	1,0	0,8	0,8	1,4	1,3	0,7	1,0	0,7	1,0	0,6	1,0	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,5	0,4	0,1	0,4	0,1	0,4	0,1	0,4	-0,1
Produktivität ¹	0,4	0,6	0,8	0,9	0,6	0,6	0,8	0,9	0,6	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	1,7	1,8	1,7	1,4	2,0	2,0	1,5	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen														
a) Mrd. EUR														
Konsumausgaben	2.156,2	2.222,7	2.300,3	2.373,5	1.080,5	1.142,2	1.209,9	1.179,4	1.155,9	1.179,4	1.155,9	1.217,6	1.155,9	1.217,6
Private Haushalte ²	1.592,2	1.634,0	1.686,6	1.733,3	796,6	837,4	824,0	862,5	846,2	862,5	846,2	887,2	846,2	887,2
Staat	564,0	588,7	613,8	640,1	283,9	304,8	296,9	316,9	309,7	316,9	309,7	330,4	309,7	330,4
Anlageinvestitionen	585,1	605,3	629,2	657,5	290,2	315,2	300,9	328,2	315,5	328,2	315,5	342,0	315,5	342,0
Ausrüstungen	189,8	198,1	204,5	212,0	94,2	104,0	97,0	107,6	101,2	107,6	101,2	110,8	101,2	110,8
Bauten	291,8	298,8	311,6	327,6	143,3	155,5	146,9	162,7	156,9	162,7	156,9	170,8	156,9	170,8
Sonstige Anlageinvestitionen	103,5	108,4	113,1	117,9	52,7	55,7	55,1	58,0	57,5	58,0	57,5	60,4	57,5	60,4
Vorratsveränderung ³	- 22,0	- 40,9	- 45,1	- 48,6	- 7,8	- 33,1	- 9,6	- 35,5	- 9,4	- 35,5	- 9,4	- 39,2	- 9,4	- 39,2
Inländische Verwendung	2.719,3	2.787,1	2.884,3	2.982,4	1.362,9	1.424,2	1.492,2	1.472,1	1.462,0	1.472,1	1.462,0	1.520,4	1.462,0	1.520,4
Außenbeitrag	196,4	237,8	242,8	244,5	119,6	118,2	124,8	118,0	126,1	118,0	126,1	118,4	126,1	118,4
Nachrichtlich: in Relation zum BIP in %	6,7	7,9	7,8	7,6	8,1	7,7	8,1	7,4	7,9	7,4	7,9	7,2	7,9	7,2
Exporte	1.333,2	1.422,5	1.472,8	1.547,6	698,5	724,0	723,0	749,8	762,1	749,8	762,1	785,5	762,1	785,5
Importe	1.136,8	1.184,7	1.230,0	1.303,1	578,9	605,8	598,2	631,8	636,0	605,8	631,8	667,1	636,0	667,1
Bruttoinlandsprodukt	2.915,7	3.024,9	3.127,1	3.226,9	1.682,5	1.542,4	1.537,0	1.590,1	1.588,1	1.537,0	1.590,1	1.638,8	1.588,1	1.638,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Konsumausgaben	2,5	3,1	3,5	3,2	3,0	3,2	3,7	3,3	3,1	3,7	3,3	3,1	3,1	3,2
Private Haushalte ²	1,9	2,6	3,2	2,8	2,6	2,6	2,6	2,9	2,7	2,6	2,9	2,7	2,7	2,9
Staat	4,1	4,4	4,3	4,3	3,8	4,9	4,6	4,0	4,3	4,0	4,3	4,3	4,3	4,3
Anlageinvestitionen	5,0	3,5	3,9	4,5	2,8	4,1	3,7	4,2	4,9	4,2	4,9	4,2	4,9	4,2
Ausrüstungen	4,7	4,4	3,2	3,7	4,1	4,7	3,0	3,4	4,4	3,0	3,4	3,0	4,4	3,0
Bauten	5,2	2,4	4,3	5,2	1,3	3,4	3,9	4,6	5,4	4,6	5,4	5,0	5,4	5,0
Sonstige Anlageinvestitionen	6,8	4,7	4,3	4,3	4,8	4,6	4,6	4,2	4,3	4,6	4,2	4,2	4,3	4,2
Inländische Verwendung	2,6	2,5	3,5	3,4	1,9	3,0	3,6	3,4	3,5	3,6	3,4	3,5	3,5	3,3
Exporte	3,9	6,7	3,5	6,4	7,0	6,4	3,5	3,6	5,4	3,5	3,6	4,8	3,5	4,8
Importe	2,1	4,2	3,8	5,9	4,0	4,4	3,3	4,3	6,3	4,3	4,3	5,6	6,3	5,6
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,7	3,4	3,2	3,5	4,0	3,7	3,1	3,3	3,7	3,1	3,3	3,3	3,1

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Konsumausgaben	2 020,1	2 062,3	2 103,5	2 135,6	2 135,6	2 135,6	2 135,6	2 135,6	1 008,6	1 053,6	1 032,3	1 071,2	1 047,9	1 087,7
Private Haushalte ¹	1 503,3	1 532,8	1 562,3	1 584,3	1 584,3	1 584,3	1 584,3	1 584,3	748,3	784,5	765,1	797,2	775,7	808,5
Staat	516,8	529,5	541,2	551,1	551,1	551,1	551,1	551,1	260,3	269,2	267,2	274,0	272,0	279,1
Anlageinvestitionen	546,3	557,9	572,3	589,3	589,3	589,3	589,3	589,3	267,5	290,4	274,0	298,3	283,1	306,2
Ausrüstungen	186,9	194,4	200,0	206,8	206,8	206,8	206,8	206,8	91,8	102,6	94,2	105,9	98,0	108,8
Bauten	262,4	264,2	270,6	278,5	278,5	278,5	278,5	278,5	127,1	137,1	130,1	140,6	134,1	144,3
Sonstige Anlageinvestitionen	97,0	99,6	102,0	104,5	104,5	104,5	104,5	104,5	48,6	50,9	49,8	52,2	51,1	53,4
Inländische Verwendung	2 545,5	2 584,8	2 637,6	2 684,4	2 684,4	2 684,4	2 684,4	2 684,4	1 272,6	1 312,2	1 301,4	1 336,3	1 326,6	1 357,8
Exporte	1 281,8	1 353,5	1 404,3	1 466,4	1 466,4	1 466,4	1 466,4	1 466,4	664,3	689,2	690,2	714,0	723,4	743,0
Importe	1 090,0	1 153,9	1 209,2	1 271,9	1 271,9	1 271,9	1 271,9	1 271,9	562,0	591,9	588,8	620,3	621,8	650,1
Bruttoinlandsprodukt	2 736,4	2 783,1	2 832,4	2 880,0	2 880,0	2 880,0	2 880,0	2 880,0	1 374,2	1 408,9	1 402,3	1 430,1	1 428,3	1 451,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	2,1	2,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	2,1	2,3	1,7	1,5	1,5
Private Haushalte ¹	0,9	2,0	1,9	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	2,0	1,9	2,2	1,6	1,4	1,4
Staat	1,7	2,4	2,2	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	2,1	2,8	2,6	1,8	1,8	1,9
Anlageinvestitionen	3,5	2,1	2,6	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	1,4	2,8	2,4	2,7	3,3	2,6
Ausrüstungen	4,5	4,0	2,9	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,6	4,4	2,5	3,2	4,1	2,7
Bauten	2,9	0,7	2,4	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	-0,5	1,8	2,3	2,5	3,1	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,7	2,7	2,5	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,3	1,5	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,1	2,0	2,3	1,8	1,9	1,6
Exporte	4,0	5,6	3,8	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	5,7	5,5	3,9	3,6	4,8	4,1
Importe	3,7	5,9	4,8	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,6	6,1	6,8	4,8	5,6	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,7	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,4	2,0	2,0	1,5	1,9	1,5

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Private Konsumausgaben ²	1,0	0,6	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	0,6	0,7	1,2	1,4	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,3	1,9	2,0	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	1,7	2,0	1,9	2,1	2,4	2,4
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,2	1,2	1,4	1,5	1,5
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3
Bauten	2,3	1,7	1,8	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	1,8	1,6	1,5	2,0	2,2	2,2
Exporte	-0,1	1,0	-0,2	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	1,3	0,8	-0,4	0,0	0,6	0,7
Importe	-1,6	-1,6	-0,9	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-1,5	-1,6	-1,4	-0,5	0,7	0,8
Bruttoinlandsprodukt	1,7	2,0	1,6	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	2,0	2,0	1,6	1,6	1,4	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2016		2017			
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.		
5. Einkommensentstehung und -verteilung														
a) Mrd.EUR														
Primäreinkommen der privaten Haushalte *	2 055,0	2 124,4	2 191,8	2 261,1	2 281,1	2 261,1	2 261,1	2 261,1	1 042,0	1 082,4	1 071,1	1 114,7	1 108,2	1 152,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,6	280,9	289,4	299,9	299,9	299,9	299,9	299,9	135,8	145,1	140,1	149,7	146,8	155,0
Bruttoöhne und -gehälter	1 233,7	1 262,7	1 301,9	1 360,3	1 360,3	1 360,3	1 360,3	1 360,3	601,6	661,1	625,7	685,3	648,4	711,8
Übrige Primäreinkommen *	569,7	580,8	591,4	600,9	600,9	600,9	600,9	600,9	304,7	276,2	311,3	280,1	315,0	285,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	409,7	436,2	460,5	481,1	481,1	481,1	481,1	481,1	198,0	238,1	211,3	249,1	225,9	255,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 464,7	2 560,6	2 652,2	2 742,2	2 742,2	2 742,2	2 742,2	2 742,2	1 240,0	1 320,6	1 288,4	1 363,8	1 334,1	1 408,1
Abschreibungen	517,8	531,2	544,3	556,8	556,8	556,8	556,8	556,8	264,4	266,8	271,2	273,1	277,5	279,4
Bruttonationaleinkommen	2 982,4	3 091,8	3 196,6	3 299,1	3 299,1	3 299,1	3 299,1	3 299,1	1 504,4	1 587,4	1 559,7	1 636,9	1 611,6	1 687,4
nachrichtlich:														
Volkseinkommen	2 176,2	2 262,8	2 344,5	2 426,6	2 426,6	2 426,6	2 426,6	2 426,6	1 093,5	1 169,3	1 137,1	1 207,4	1 179,0	1 247,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	690,9	719,2	744,1	766,5	766,5	766,5	766,5	766,5	356,2	363,1	371,4	372,8	385,8	380,7
Arbeitnehmerentgelt	1 485,3	1 543,6	1 600,4	1 660,1	1 660,1	1 660,1	1 660,1	1 660,1	737,3	806,2	765,8	834,6	793,3	866,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Primäreinkommen der privaten Haushalte *	2,7	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3	3,4	3,4	3,0	2,9	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,5	3,4	3,1	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,2	3,6	3,2	2,9	3,4	3,8
Bruttoöhne und -gehälter	3,9	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,9	4,2	4,0	3,6	3,6	3,9
Bruttoöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,7	2,9	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,8	2,8	2,8	2,9
Übrige Primäreinkommen *	- 0,2	2,0	1,8	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	2,3	1,6	2,2	1,4	1,2	2,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,1	6,5	5,6	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,2	8,4	6,7	4,6	6,9	2,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,7	3,9	3,6	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,5	4,3	3,9	3,3	3,5	3,2
Abschreibungen	2,5	2,6	2,5	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,7	2,5	2,6	2,3	2,3	2,3
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,7	3,4	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,3	4,0	3,7	3,1	3,3	3,1
nachrichtlich:														
Volkseinkommen	3,8	4,0	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,6	4,4	4,0	3,3	3,7	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,8	4,1	3,5	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,2	5,0	4,3	2,7	3,9	2,1
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,9	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	4,1	3,9	3,5	3,6	3,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte *														
a) Mrd.EUR														
Masseneinkommen	1 217,8	1 262,8	1 316,1	1 363,4	1 363,4	1 363,4	1 363,4	1 363,4	607,3	655,6	638,5	682,5	657,9	705,5
Nettoöhne und -gehälter	808,1	836,5	868,9	895,4	895,4	895,4	895,4	895,4	394,6	441,9	411,2	457,7	423,5	471,9
Monetäre Sozialleistungen	595,6	595,7	550,2	573,3	573,3	573,3	573,3	573,3	262,0	263,7	273,8	276,4	286,9	286,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	95,8	99,4	103,1	105,3	105,3	105,3	105,3	105,3	49,4	50,0	51,5	51,5	52,5	52,8
Übrige Primäreinkommen *	569,7	580,8	591,4	600,9	600,9	600,9	600,9	600,9	304,7	276,2	311,3	280,1	315,0	285,9
Sonstige Transfers (Saldo) >	- 77,4	- 85,5	- 92,3	- 97,8	- 97,8	- 97,8	- 97,8	- 97,8	- 40,5	- 45,0	- 43,3	- 49,0	- 46,0	- 51,8
Verfügbares Einkommen	1 710,1	1 778,1	1 815,2	1 866,6	1 866,6	1 866,6	1 866,6	1 866,6	871,4	886,7	901,6	913,6	926,9	939,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,6	50,5	51,5	51,5	51,5	51,5	51,5	51,5	25,0	25,5	25,6	25,7	25,3	26,2
Konsumausgaben	1 592,2	1 634,0	1 686,5	1 733,3	1 733,3	1 733,3	1 733,3	1 733,3	796,6	837,4	824,0	862,5	846,2	887,2
Sparen	167,6	174,6	180,0	184,7	184,7	184,7	184,7	184,7	99,7	74,9	103,2	76,8	106,0	78,7
Sparquote (%) *	9,5	9,7	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6	9,6	11,1	8,2	11,1	8,2	11,1	8,1

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Masseneinkommen	3,4	3,7	4,2	3,6	3,5	3,9	4,3	4,1	3,8	3,4				
Nettolöhne und -gehälter	3,6	3,5	3,9	3,0	3,3	3,8	4,2	3,6	3,0	3,1				
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,0	4,7	4,2	4,0	3,9	4,5	4,8	4,8	3,6				
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,4	3,8	3,7	2,2	4,5	3,1	4,4	3,0	1,9	2,4				
Übrige Primäreinkommen ⁶	- 0,2	2,0	1,8	1,6	2,3	1,6	2,2	1,4	1,2	2,1				
Verfügbares Einkommen	2,3	2,8	3,2	2,8	2,9	2,8	3,5	3,0	2,8	2,9				
Konsumausgaben	1,9	2,6	3,2	2,8	2,6	2,6	3,4	3,0	2,7	2,9				
Sparen	6,7	4,2	3,1	2,6	4,4	3,9	3,5	2,6	2,7	2,5				

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd.EUR

Einnahmen	659,6	692,9	707,9	739,7	345,9	347,0	353,1	354,8	368,6	371,1
Steuern	481,9	500,7	519,6	544,5	243,0	257,8	252,1	267,4	262,2	279,3
Nettosozialbeiträge	25,0	22,1	21,8	22,1	12,8	9,3	12,4	9,4	12,6	9,5
Vermögenseinkommen	19,1	19,2	19,4	19,8	8,9	10,3	8,9	10,5	9,1	10,7
Sonstige Transfers	12,2	12,7	12,4	12,0	5,2	7,6	5,0	7,5	4,7	7,3
Vermögenstransfers	101,5	103,3	105,5	107,7	48,6	54,7	49,6	55,9	50,6	57,0
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sonstige Subventionen										
Insgesamt	1 299,6	1 351,2	1 386,8	1 443,0	664,5	686,7	681,2	705,6	707,9	735,0
Ausgaben										
Vorleistungen ⁸	378,7	396,6	415,5	434,9	189,5	207,1	199,1	216,4	208,5	226,4
Arbeitnehmerentgelt	224,6	231,8	240,1	247,3	110,9	121,0	115,2	124,9	118,6	128,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	51,5	47,5	45,4	45,0	24,3	23,2	23,1	22,4	22,8	22,2
Subventionen	25,5	28,6	27,4	28,0	13,2	13,4	13,6	13,8	13,9	14,1
Monetäre Sozialleistungen	451,0	471,5	491,6	511,5	234,8	236,7	243,6	247,9	255,0	256,5
Sonstige laufende Transfers	61,6	63,9	64,8	68,5	37,1	26,8	37,5	27,3	39,6	28,9
Vermögenstransfers	35,9	29,2	29,9	30,3	11,9	17,3	12,1	17,8	12,4	17,9
Bruttoinvestitionen	63,2	64,5	67,0	69,5	27,9	36,5	28,9	38,0	30,1	39,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,3	- 6,5	- 1,4	- 1,4	- 5,7	- 0,8	- 0,6	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 290,7	1 325,2	1 380,2	1 433,5	643,9	681,3	672,5	707,7	700,2	733,3
Finanzierungs saldo	8,9	25,9	6,6	9,4	20,6	5,3	8,7	- 2,2	7,7	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 bis 2017

	2014		2015		2016		2017		2015		2016		2017	
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr														
Einnahmen														
Steuern	3,5	5,0	2,2	4,5	4,1	3,9	4,1	3,9	4,7	2,1	2,3	4,4	4,6	
Nettsozialbeiträge	3,7	3,9	3,8	4,2	3,8	3,8	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	4,0	4,4	
Vermögenseinkommen	16,9	- 11,8	- 1,3	1,2	- 17,6	- 2,3	- 2,8	0,9	- 2,8	0,9	0,9	1,4	1,1	
Sonstige Transfers	3,4	0,5	1,0	2,2	2,0	- 0,8	- 0,4	2,1	2,0	2,1	2,1	2,1	2,2	
Vermögenstransfers	17,1	4,8	- 2,3	- 3,7	10,2	1,3	- 3,6	- 1,4	10,2	- 1,4	- 1,4	- 5,6	- 2,5	
Verkäufe	2,0	1,8	2,1	2,1	2,2	1,4	2,2	2,2	2,1	2,0	2,2	2,1	2,1	
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	3,8	4,0	2,6	4,0	4,1	3,9	4,1	3,9	4,7	2,5	2,8	3,9	4,2	
Ausgaben														
Vorleistungen ^a	4,6	4,7	4,8	4,7	4,4	5,1	4,4	4,7	4,4	5,0	4,5	4,7	4,6	
Arbeitnehmerentgelt	2,7	3,2	3,6	3,0	2,7	3,7	2,7	3,0	2,7	3,9	3,3	3,0	3,0	
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,1	- 7,7	- 4,4	- 0,9	- 8,2	- 7,2	- 5,2	- 3,6	- 8,2	- 5,2	- 3,6	- 1,1	- 0,7	
Subventionen	4,6	4,4	3,0	2,1	5,7	3,2	3,3	2,7	5,7	3,3	2,7	2,1	2,1	
Monetäre Sozialleistungen	2,8	4,5	4,3	4,0	4,5	4,6	4,5	4,6	4,5	3,8	4,7	4,6	3,5	
Sonstige laufende Transfers	- 2,2	3,8	1,3	5,7	3,6	4,0	3,6	4,0	3,6	0,9	2,0	5,8	5,6	
Vermögenstransfers	17,4	- 18,6	2,2	1,5	8,6	- 30,5	1,8	2,4	17,4	1,8	2,4	2,2	1,0	
Bruttoinvestitionen	- 0,5	1,9	3,9	3,8	- 0,4	3,8	- 0,4	3,8	- 0,4	3,8	4,1	3,9	3,7	
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	2,8	2,7	4,1	3,9	2,6	2,7	2,6	2,7	2,6	4,4	3,9	4,1	3,6	
¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.														
² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.														
³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.														
⁴ Selbständigeinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.														
⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.														
⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).														
⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.														
⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.														
Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des RWI;														
2. Halbjahr 2015 sowie 2016 und 2017: Prognose des RWI.														

Deutsche Konjunktur im Dezember 2015
